

Enztal-Bote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis M. 3.20 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich;
durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.00,
im sonst. inländischen Verkehr M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellg.
Anzeigenpreis: die einseitige Petitzeile oder deren
Staum 50 Pfg., auswärts 25 Pfg., Reklamezeilen
50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenaufnahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 108. Fernsprecher Nr. 88.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei. Schriftl.: T. H. Graf, beide in Wildbad.

Nr. 279

Montag, 8. Dezember 1919

Jahrgang 35

Heilmittel.

Freude — das ist ein Heilmittel. Und das zweit-
st ernste Arbeit. Es darf keine Mühsiggänger mehr
sei uns geben. Auch wer genug des Mammons besitzt
ist verpflichtet zur Arbeit, damit nicht, wer arbeiten muß
zu leben, die Arbeit empfindet als etwas, was nur
der Armen und Enterebten zur Qual auferlegt wird. Ar-
beitet und laßt spüren eure Freude an der Arbeit —
glaubt mir; nicht nur Trägheit steckt an, auch Arbeits-
lust tut das! W. Ulbricht.

Wochenrundscha.

Die Notwoche könnte man die abgelaufene Woche
nennen. Drei neue Noten hat Clemenceau namens des
Obersten Rats nach Berlin zu senden für gut befunden.
Am 7. November hatte, um die Vorgeschichte hier kurz
ins Gedächtnis zu rufen, die deutsche Regierung die
Herausgabe der Gefangenen, gemäß dem Ver-
sprechen des Obersten Rats vom 29. August, verlangt. Am
15. November antwortete Clemenceau in einer Note, die
durch irgendwelche Umstände erst am 25. November nach
Berlin gelangte, die französische Regierung habe niemals
etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des
Friedensvertrags zu erfüllen und sie dürfe angesichts der
Verwüstungen in Frankreich einer Abweichung vom Ver-
trag zugunsten der deutschen Gefangenen nicht zustimmen.
Uebrigens sei mit Deutschland noch keine Verständigung
darüber getroffen, unter welchen Bedingungen deutsche
Zivilarbeiter Frankreich zur Verfügung gestellt werden.
Diese Note Clemenceaus wurde der deutschen Ver-
tretung in Paris überreicht, als eben die Verhandlungen
über die Unterzeichnung des berichtigten Zusapro-
tokolls geführt wurden. Man wußte nun, wieviel
die Glocke geschlagen hatte und die Sonderkommission reiste
mit der Note sofort nach Berlin zurück. Am 27. November
richtete nun die deutsche Regierung eine neue Note an
Clemenceau, worin sie in deutlicher Sprache ihn der
Lüge überführte. Tatsächlich habe die französische Re-
gierung, ebenso wie die übrigen verbündeten Mächte, die
Freigabe der Gefangenen versprochen; allerdings
nicht aus freien Stücken, aus Edelmut oder Menschlichkeit
und wie die Redensarten alle heißen, sondern als Gegen-
leistung für sehr schwerwiegende Zugeständnisse
Deutschlands, nämlich für die Lieferung von Kohlen,
an denen Frankreich so großen Mangel litt (zur Liefe-
rung wäre Deutschland erst nach Ratifizierung des Fried-
dens verpflichtet gewesen), und für die Ausbezahlung
einer Million in Gold als Sühne für den Sergeanten
Mannheim. (Die deutsche Regierung machte damals den
Fehler, daß sie erklärte, die Million sei von privater
Seite zur Verfügung gestellt, während sie tatsächlich dem
Goldbestand der Reichsbank entnommen war.)

Diese deutsche Note verfehle das feindliche Lager in
helle Wut; sie hatte gelesen. Die feindliche Presse schrieb,
Deutschland verkenne ganz seine Stellung. Der Vertrag
und seine Auslegung sei nicht eine Sache zwischen Gleich-
berechtigten, sondern zwischen Siegern und Besieg-
ten. Dementsprechend mußte auch die Antwort Cle-
menceaus sein. Am 2. Dezember wurde sie gegeben, am
3. war sie schon in Berlin. Clemenceau sagt, Deutschland
habe allgemein ein Recht auf die Rückforderung der Ge-
fangenen erst nach Ratifizierung des Friedensvertrags,
und auch dann nur, wenn Deutschland alle seine Ver-
pflichtungen genau erfüllt habe. Jede Abweichung von
diesen Grundforderungen seitens der Verbündeten könnten
nur eine „Bergänkung“ sein, und so sei auch jener Be-
schluß des Obersten Rats vom 29. August nur eine
„humanitäre Erklärung“ ohne jede verbindende Verpflich-
tung gewesen. Mit der vorzeitigen Kohlenlieferung und
der Goldmillion — die angeblich dem Noten Kreuz zu-
gewiesen worden sein soll — habe sie nicht das mindeste
zu tun. Wenn Frankreich die Gefangenen noch nicht frei-
gegeben habe, so sei daran niemand anders schuld, als die
deutsche Regierung selber, weil sie sich auf jede Weise
von ihren Vertragsverpflichtungen zu drücken suche. Uebrig-
ens werden die deutschen Gefangenen in Frankreich nicht
nur human, sondern sogar mit Wohlwollen (!) behan-
delt. Die deutsche Regierung betreibe eine Dege gegen
die Verbündeten. Die Verbündeten seien aufs höchste er-
staunt, daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich
jetzt noch ihrer Verantwortlichkeit so wenig bewusst sei,
daß sie nicht selbst die Bestrafung der begangenen Ver-

brechen fordere und daß die „Verbrecher“ weder Kun-
st noch Vaterlandsliebe genug besitzen, um freiwillig den
verdienten Urteil vor dem Gericht der Verbündeten ent-
gegenzugehen. Solange das nicht erfüllt sei, sei Deutsch-
land unerbittlich, in die Gesellschaft der Völker aufgenom-
men zu werden oder von den Verbündeten Verzeihung (!)
und Milderung der gerechten Friedensbedingungen zu
erlangen.

Clemenceau meint, Versprechen, die die Verbündeten
den Besiegten machen, seien keine Versprechen, die ge-
halten werden müßten. Das haben sie bei den 14 Punk-
ten Wilsons und bei den Vorbesprechungen zum Waffen-
stillstandsabluß gezeigt. Clemenceau hat daher von
seinem Standpunkt nicht ganz unrecht, wenn er von
dem Erlaßenen der Verbündeten spricht, daß man in
Deutschland die Kundgebung des Obersten Rats vom
29. August anders auffassen konnte, als eine „humanitäre
Erklärung“. Frankreich hat 1 1/2 Millionen Tonnen Koh-
len und die Goldmillion vorgebehalten und das war
die Hauptsache. Die Deutschen sollen sich nur nicht ein-
bilden, daß sie die Gefangenen so bald erhalten werden,
auch wenn sie das Zusatzprotokoll unterzeichnen, das
genau genommen ein zweiter Friedensvertrag ist. Es
werden sich immer noch genug Punkte finden lassen,
wo die Deutschen die „Maren Bestimmungen des Ver-
trags“ anders verstehen, als der Oberste Rat sie gemein-
hat, d. h., daß sie sich zu ihrem Schaden täuschen. Cle-
menceau behauptet, über die deutschen Zivilarbeiter je
noch kein Einverständnis getroffen. Stimmt. Aber bloß
deswegen, weil er die 900 000 Zivilarbeiter zu den-
selben Bedingungen haben will, wie die Kriegs-
gefangenen. Er weiß ganz gut, daß er dann keine 900 000
Arbeiter bekommen wird. Er will sie auch nicht; die
400 000 oder 200 000 oder nur 20 000 Kriegsgefangenen
sind ihm lieber, weil sie jederzeit zu neuen Erpressungen
gebraucht werden können.

Ein anderer Fall, wo der Oberste Rat eine Abmachung
anders aufsaßte, als die naiven Deutschen, betrifft die
in Deutschland zur Aufrechterhaltung der Ordnung ein-
geführten Polizeiwachen, Einwohnerwehren
und Zeitfreiwilligen. Darüber wurde seinerzeit
lang und breit mit dem Obersten Rat verhandelt und
er fand nichts dagegen einzuwenden. Jetzt auf einmal
offenbar unter dem Eindruck der deutschen Note vom 27.
November, entdeckt Marshall Foch, daß die Polizeiwachen
u. s. w., „unanständige Kriegsvorgänge“ der Deutschen seien
und fängt sofort die De Clemenceau eine Note und ver-
langt die sofortige Aufhebung der „vertragswidrigen Mi-
litärorganisationen“, zum mindesten sollen sie jeder Mi-
litärähnlichkeit entkleidet werden. Eine solche „Bürger-
polizei“ wäre ein Messer ohne Hest und Klinge, da di
unumgänglich nötige Strafrecht Organisation nicht durch-
geführt werden könnte. So kommt das Verlangen des
Obersten Rats dem Verbot der Sicherheitsmaßnahmen
gleich. Beschämend ist dabei, daß die Anregung durch
böswillige Angeberei aus Deutschland selber gegeben wor-
den zu sein scheint. Zugleich aber erfährt man wieder
welche Heidenangst die Franzosen immer noch vor Deutsch-
land haben.

Auch den schriftlichen Friedensvertrag versteht man in
Deutschland nicht durchweg so, wie der Oberste Rat und
seine unverantwortlichen Geheimsekretäre ihn gemeint ha-
ben. So lautet ein Artikel, daß die Bewohner der von
den Belgiern besetzten Kreise Eupen und Malmedy
in der Rheinprovinz durch Volksabstimmung entscheiden
sollen, ob die Kreise zu Belgien gehören oder bei Deutsch-
land bleiben sollen. Die Belgier wenden seit Monaten
mehrfache Mittel an, um auf die in der Mehrheit be-
findliche deutsche Bevölkerung einen Druck auszuüben.
Die gequälten Bewohner riefen die Hilfe der Reichs-
regierung an und diese wandte sich bewundernd an den
Obersten Rat. Da kam sie aber schon an. Der Rat
war gerade recht, um dem deutschen „Uebermut“ wieder
einen Dämpfer aufzusetzen. Die Belgier sind ganz im
Recht, antwortet Herr Clemenceau in einer weiterer
Note. Sie werden die Kreise in Besitz nehmen, dar-
nach wird der Völkerverbund prüfen, wie er einen et-
waigen Wunsch der Bevölkerung — vom Selbstbe-
stimmungsrecht ist keine Rede mehr — Rechnung tragen
kann. Basta!

So ergibt sich ein „Mißverständnis“ um das andere
und immer sind es die Deutschen natürlich, die etwas
nicht verstehen. Es wird eine endlose Kette von „Miß-
verständnissen“ werden, möglich sind mindestens so viele
als Paragrafen im Friedensvertrag haben.

Großes und unliebsames Aufsehen hat die Beröf-
fentlichung deutscher Geheimdokumente in
dem deutschfeindlichsten Blatt der Welt, der Londoner
„Times“ Northcliffe gemacht. Die in der Beröfent-
lichung gegebene Darstellung ist übrigens eine durchaus
einseitige und unrichtige, wie die Regierung auf Grund
der seit einigen Monaten durch eine besondere Kommission
besorgten Bearbeitung der Berliner Archivalien sofort fest-
stellen ließ. Diese rein wissenschaftliche Arbeit sollte in der
nächsten Zeit (am 10. Dezember) der Öffentlichkeit über-
geben werden. Nun hatte aber der bekannte sozialistische
Schriftsteller Kautsky, ein Böhme, der nach der Re-
volution zum deutschen Unterstaatssekretär ernannt und
mit der Unterfuchung der Geheimakten betraut worden
war, Abschriften von Akten mitgenommen, nachdem er
nach kurzer Amtsdauer wieder ins Privatleben zurück-
getreten war. Diese Abschriften hat er zu einem Buch
bearbeitet und das Buch ist durch den Verleger Cas-
pary in Berlin an amerikanische Geschäftsleute und
in die „Times“ verkauft worden. In solcher Ausnutzung
der staatlichen Geheimakten war Kautsky natürlich nicht
berechtigt. Wenn nun auch die Regierung die Darstel-
lung Kautskys durch die Veröffentlichung der genauen
und lückenlosen Akten berichtigen wird, so ist doch durch
die unbefugte Bekanntgabe von Bruchstücken, die gegen
Deutschland zu zeugen scheinen, wieder schwerer Unheil
ingerichtet worden. Das Kautskysche Buch soll im Aus-
land in Massen verbreitet werden, die amtliche Darstellung
wird man hoffentlich nicht. Ist es da ein Wunder, wenn die
Reichsregierung einen immer schärferen Standpunkt
vom Ausland gegenüber bekommt?

Ein schlimmer Skandal ist in Berlin wieder auf-
gedeckt worden. Die Gelden sind zwei verwegene Spekulan-
ten, die Brüder Ellarz (eigentlich heißen sie Ellarek).
Das ihnen vorgeworfen wird, ist: Schiebung, Wa-
her, Betrug, Unterschlagung von Beeresgut, widerrecht-
liche Ausübung von Amtsgewalt, Sittlichkeitsverbrechen
und Mord oder Anstiftung zum Mord. Schwer belastet
erscheint der frühere Abgeordnete Parvus, (Alein),
er sich jetzt Dr. Helyhaud heißt. Parvus ist inzwi-
chen in die Schweiz, nach anderer Meldung nach Däne-
mark abgereist. Ferner ist mit den Ellareks der vielge-
sagte frühere „Polizeipräsident“ Eichhorn eng ver-
bunden. Die schmierige Geschichte kam durch einen frühe-
ren Privatsekretär der Herren Ellarek, namens Sonnen-
eld an den Tag, der die Originalbelege einer Berliner
Korrespondenz zur Veröffentlichung übergab. An der
Richtigkeit der Beweismittel wird in Berlin nicht mehr
gezweifelt. Die Ellareks verstanden es, sich den An-
sehen der gutmütigen, sozialen Geschäftsleute zu geben
und das Vertrauen der Regierung zu gewinnen; erst im
November war einem der Brüder ein Amt in der Re-
gierung und zwar im Auswärtigen Amt übertragen wor-
den. Sie haben das Vertrauen allem Anschein nach zu
geschäftlichen Zwecken schmählich mißbraucht.

Die Wahlen in den Entente-Ländern sind vor-
ber; Frankreich, Belgien und Italien haben ihre neuen
Parlamente. In Frankreich hatte man ein ganz eigen-
artiges Verhältniswahlssystem eingeführt, das der reinste
Johann auf die Verhältniswahl ist; denn der Zweck dieses
Systems ist doch, auch den Minderheiten eine Vertre-
tung zu sichern. Das neue französische Wahlgesetz, das
übrigens die Frauen von der Wahl ausschließt, läßt eine
kandidatenliste, die an sich die reine Mehrheit erhält,
eine weiteres als gewählt gelten. Wenn z. B. eine
Parteiliste von 100 000 Abstimmenden 50 001 Stimmen
erhält, so bleiben die übrigen 49 999 Wähler untertreten.
Das allein hätte aber die vollkommene Niederlage der
Sozialisten, die unter sich uneins waren, nicht herbeige-
führt. Die sozialistischen Führer in Frankreich sind meist
genannte Berufsparlamentarier, vielfach recht vermög-
liche Leute, die mit der eigentlichen Arbeiterklasse kei-
nerlei Berührung haben und die sozialistischen Mandate nur
streben, um „etwas zu werden“. Sind sie einmal etwas
geworden, so können sie auch anders. Die Namen Tardieu,
Briand und Viviani sagen alles. Der kluge und ener-
gische Clemenceau führte die Wahlen mit dem Stichwort:
„Kampf gegen den Bolschewismus; den Schaden Frank-
reichs wird Deutschland bis zum letzten Heller bezahlen.“
So fesselte er die ländlichen Wähler und die kleinen Kent-
ner an das Regierungsprogramm. Aber auch viele Ar-
beiter sind seinem Ruf gefolgt und haben ihre „Führer“
im Stich gelassen. Sie alle hoffen, daß Clemenceau sein
Wort wahr mache und sie liehen sich in die Arme des
regierenden Kapitalismus treiben. Für die Erkenntnis,



Damburg auf der Themse eingetroffen und hat seine Ladung gelöscht. Die Besatzung wurde verhaftet, das Land zu betreten.

Der Krieg im Osten.

Helsingfors, 5. Dez. Die Friedensverhandlungen mit Moskau sollen in Pleskau beginnen und später in Dorpat fortgesetzt werden.

London, 5. Dez. Lloyd George erklärte im Unterhaus, die russische Frage werde von Vertretern derjenigen Mächte geordnet werden, die bisher in Uebereinstimmung miteinander handelten. (Amerika ist also nicht dabei.)

Der österreichische Gewerkschaftskongress.

Wien, 5. Dez. Der Gewerkschaftskongress nahm eine Entschließung an, der Friede habe Oesterreich zu einem wirtschaftlich und politisch unmöglichen Gebilde gemacht. Nur durch Anschluß an Deutschland könne Oesterreich lebensfähig bleiben. Die Proletarier und Gewerkschafter der Entente sollen ihr Möglichstes tun, um die Abänderung des Vertrags zu erwirken. Die Regierung wird aufgefordert, bei den Ententemächten sich für eine Hilfeleistung für Oesterreich zu bemühen.

Monarchische Bewegung in Ungarn.

Budapest, 5. Dez. Eine Abordnung der ungarischen Königspartei unter Führung des Grafen Somssich sprach beim Ministerpräsidenten Huszar vor. Graf Somssich brachte das Anliegen vor, daß an dem ungarischen Wappen wieder die Stephanskrone angebracht werde und daß bis zur Entscheidung über die Staatsform Ungarn nicht als Republik, sondern als ungarischer Staat bezeichnet werde. Der Ministerpräsident erwiderte, er bekenne sich stolz als Königstreuer. Die Frage der Staatsform werde eine Volksabstimmung zu entscheiden haben. Er sei dessen sicher, daß sich hierbei eine gewaltige Mehrheit für das Königstum aussprechen werde. Was die von dem Grafen Somssich vorgebrachten Wünsche anbetreffe, so seien sie jetzt, wo man vor den Friedensverhandlungen stehe, nicht sehr wichtig. In 5-6 Wochen werde man ohnehin in der Lage sein, über die inneren Angelegenheiten Ungarns selbst zu entscheiden. Der Ministerpräsident ersuchte schließlich die Partei, unter Ausschaltung aller persönlichen Fragen ihre Tätigkeit fortzusetzen, wobei sie auf seine, sowie auf die Unterstützung der Regierung rechnen könne.

Der Streik in Amerika.

Indianapolis, 5. Dez. 84 Führer des Verbands der amerikanischen Bergarbeiter wurden der verbrecherischen Nichtachtung des Gerichts durch Uebertretung des Verbots für die Arbeiterführer, am Kohlenstreik teilzunehmen, angeklagt.

Villa gefangen.

Suarez (Mexiko), 5. Dez. General Villa, der Gegner Carranzas, wurde von einer Abteilung seiner eigenen Leute gefangen genommen, die ihn gegen eine Belohnung in die amerikanische Regierung ausliefern wollten. Die mexikanischen Behörden bestritten die Nachricht vom Tode des Generals Villa.



Generalfeldmarschall v. Mackensen

Das W. o. Lohnsystem.

Karlsruhe, 5. Dez.

Die Dem. Fraktion des bad. Landtags hat in eine förmlichen Anfrage bei der Regierung angeregt, aufhört der Neugestaltung des Lohnsystems für die Eisenbahnarbeiter das W. o. Lohnsystem wieder einzuführen. Diese Anregung berührt einen der augenblicklich wichtigsten Punkte in unserem ganzen Wirtschaftsleben. Die Abschaffung des W. o. Lohnes, die einem Schlagwort zu lieb erfolgte, hat auf die Arbeitsleistung und damit auf unsere gesamte Produktion hemmend eingewirkt. Da man nicht anders zu erwarten. Denn durch die schematische Gleichmacherei der Löhne wurde das persönliche Interesse des Arbeiters an einer möglichst hohen Arbeitsleistung ausgeschaltet. Man hat versucht, teilweise in den letzten Arbeitertagen selbst eingeschrieben, daß es so nicht weitergehen kann und man hat daher aus der Arbeitslosigkeit selbst den Ruf nach Wiedereinführung des W. o. Lohnsystems erhoben. Die Dinge liegen in der Tat so daß die einzig mögliche Abhilfe gegen die schweren wirtschaftlichen Nöten unserer Zeit in der Richtung einer Steigerung der Produktion liegt. Nur eine Produktionssteigerung auf allen Gebieten kann den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch im letzten Augenblick verhindern. Der Weg dahin führt über den W. o. Lohn, der die Schaffensfreudigkeit des einzelnen Arbeiters anregt, indem er ihn an einer möglichst hohen Arbeitsleistung gebildet

interessiert. Das mit der Einführung nach Wiedereinführung der W. o. Lohnarbeit nicht etwa einer ungenügenden und schädlichen Ausbeutung des Arbeiters das Wort gerech werden soll, sei ausdrücklich bemerkt. Es wird davon auch schon deshalb keine Rede sein können, als der W. o. Lohnfundamentaler Auswuchs ja schon selbst verhindert. Bei den Verhandlungen mit den Eisenbahnorganisationen über den neuen Lohnsatz der neuen Eisenbahnarbeiter ist Gelegenheit geboten, den W. o. Lohn, den, wie erwähnt, einzelne Arbeiterkreise bereits von sich aus gefordert haben, wieder einzuführen. Wir hoffen, daß die badische Regierung von dieser günstigen Gelegenheit Gebrauch macht und daß auch die Eisenbahnorganisationen die hohe wirtschaftliche Bedeutung dieser Frage erkennen. Dann müßte eine Einigung darüber ohne große Schwierigkeiten zu erzielen sein und der Staat wäre der Privatindustrie einmal mit gutem Beispiel vorangegangen.

Baden.

Mannheim, 5. Dez. Ein großer Schieberprozeß fällt die Tagesordnung einer außerordentlichen Sitzung des Schöffengerichts. Wegen Freistreiberei im Tabakhandel und Verkauf von Tabakwaren mit übermäßigem Gewinn hatte sich der 56jährige, verh. Kaufmann Leopold Schnelzer von hier zu verantworten. Der Angeklagte hatte innerhalb eines Jahres Werte von ungefähr 200 000 Mark umgesetzt und dabei einen Nutzen von über 5 Prozent genossen. Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe. Die beschlagnahmten Zigaretten im Wert von 23000 Mark werden eingezogen. Falls zu gleicher Zeit spielte sich ein Schnapsprozeß vor der Strafkammer ab. Als Schieber handelte vor ihren Schranken der Schlosser Heinrich Eppler aus Heidelberg und der Kaufmann Egidius Kawinsky aus Breslau. Sie hatten an eine Branntweinbrennerei drei Fässer mit angeblich Spiritus geschickt und dafür 32000 Mk. umgestellt. Als man die Fässer abließ, kam nur Wasser heraus. Die beiden Schieber erhielten je 5 Jahre Gefängnis und 3000 Mk. Geldstrafe.

Lahr, 5. Dez. Der jüngst aus französischer Gefangenschaft zurückgekehrte 33jährige Sohn eines hiesigen Geschäftsmanns hat sich wegen eines schweren Leidens erischosen.

Kürzell Amt Lhr, 5. Dez. Bei der heutigen Verpachtung der Gemeindejagd wurde dieselbe dem Ochsbielenden, Graf v. Bismarck in Baden-Baden, um den Preis von 14 000 Mark zuerkannt. Die bisherigen Inhaber, eine Schweizer Jagdgesellschaft, bezahlten 5200 Mk.

Vörsach, 5. Dez. In der letzten Sitzung des Bürgerausschusses erhob Stadtrat Vortisch entschiedenen Protest gegen die Anordnung des Bezirksamts, die Namen von Mitbürgern, die wegen Vergehen gegen Verfügungen angezeigt wurden, in den Zeitungen zu veröffentlichen. Dadurch laufe jedermann Gefahr, ohne der Schatten eines Beweises, einfach auf eine Anzeige hin öffentlich an den Pranger gestellt zu werden. Mit der Veröffentlichung der Namen sollte wenigstens solange gewartet werden, bis der Beweis des Vergehens erbracht oder ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist.

Emmendingen, 5. Dez. Der Lachsfang hat in diesem Jahr später als sonst eingesetzt. Nachdem der Oberrhein, wie auch die Nebenflüsse ziemlich viel Wasser führten, erscheinen die Lachse jetzt in großer Zahl. Die hiesige Fischereigesellschaft hat in kurzer Zeit über 100 Lachse gefangen.

Waldshut, 5. Dez. Das im Gemeindevald Grischen eingeschlagene Bergwerk zur Gewinnung von Eisenerzen hat nunmehr zu guten Erfolgen geführt. Bei den vorgenommenen Grabarbeiten wurden große Mengen Eisenerze entdeckt. Ferner stehen die Bergleute auf einem alten Stollengang, der bereits in der Mitte des vorigen Jahrhunderts im Betrieb war.

Karlsruhe, 4. Dez. Die außerordentliche Sitzung Landesynode hat gestern ihre Beratungen wieder aufgenommen.

Forzheim, 4. Dez. (Bürgermeisterwahlen.) Als erster Bürgermeister (Oberbürgermeister) wurde der bisherige erste Bürgermeister von Mainz Dr. Gänder mit 104 von 107 abgegebenen Stimmen gewählt. Dasselbe wurde als dritter Bürgermeister nach dem Vorschlag der Sozialdemokratie der soziald. Stadtrat Storkinger mit 71 von 105 Stimmen berufen.

Mannheim, 4. Dez. Ein typhuskrankes 19jähriges Mädchen sprang aus dem allgemeinen Krankenhaus aus dem 3. Stockwerk auf die Straße und erlitt tödliche Verletzungen.

Heidelberg, 4. Dez. Zu dem Doppelselbstmord eines jungen Paares in Gaiberg wird noch berichtet, daß das Mädchen, eine hier bedienstete Barfällnerin zuerst den jungen Mann, einen hiesigen Kaufmann, erschoss und dann sich selbst das Leben genommen hat.

Poppelshausen bei Tauberbischofsheim, 4. Dez. Bei den hiesigen Landwirten liegt eine Menge Weiztraut, für das sie nur schwer Käufer finden können. In früheren Jahren mußte das Weiztraut in großen Mengen verfaßert werden, um es vor dem Verderben zu bewahren.

Baden-Baden, 4. Dez. Die Großherzogin Luise, die seit einiger Zeit auf Schloß Baden weilt, beging gestern hier ihren 81. Geburtstag. Die dankbare Erinnerung an ihr unablässiges Wirken auf allen Gebieten der Nächstenliebe wendet ihr auch jetzt die herzlichste Gesinnung weiter Kreise zu, die mit aufrichtigen, auten Wünschen diesen Tag begleiten.

Sundenheim (b. Lahr), 4. Dez. Die Verbindungsstraße zwischen hier und Altenheim-Müllen ist seit Wochen der Schaulplatz nächstlicher Kämpfe zwischen Postbeamten und Schmugglern. Mehrmals ist es schon zu regelrechten kleinen Feuergefechten gekommen. Bemerkenswert ist, daß der Schmuggel in Lebensmitteln durch das tüchtige Eingreifen ganz nachgelassen hat. Die einzige Schmugglerware scheint jetzt noch Tabak zu sein.

Württemberg.

Stuttgart, 5. Dez. (Aufruhrprozeß.) Bei dem Generalkrieg im April waren aus einem Waffenlager in Ulm 200000 Schusspatronen und 20 Karabiner mit Munition geraubt worden. Am Abelsberg bei Halsburg wurde von den Streifenden eine regelrechte Stellung ausgebaut und am 3. April auf 700 Meter das Feuer auf die Wache des Artilleriewagenhauses eröffnet. Ein Soldat der Wache wurde schwer verwundet. Als die Wache den unvermuteten Angriff mit Geschützfeuer beantwortete, flohen die Streifenden unter Zurücklassung der Waffen. Als Angeklagte stehen vor den Geschworenen der 21 Jahre alte Hilfsarbeiter Wilhelm Rhein von Nagold, der der Anführer war, ferner der 21 Jahre alte Mechaniker Friedrich Würz von Wangen, der 20 Jahre alte Dreher Eugen Hüppenhauer von Wangen, der 19 Jahre alte Bürstenschleifer Laucer von Heßlingen, der 25 Jahre alte Dreher Vitus Wittner von Sulgen, O. A. Oberdorf, der 19 Jahre alte Heizer Albert Böhler und der 19 Jahre alte Hilfsarbeiter Richard Glemser von Wangen. Die Anklage lautet auf erschwerter Aufruhr, Landfriedensbruch, verurteilten Mord usw.

Stuttgart, 5. Dez. (Kohler Ueberfall.) Als am 1. April der Leutnant der Sicherheitswehr Fahr mittags nach Hause ging, wurde er von einer Anzahl Streifender überfallen und so schwer mißhandelt, daß er schwer verletzt und bewußtlos liegen blieb. Das Schwurgericht verurteilte nun den 21 Jahre alten Automatenmacher Vitus Neuhäuser von Oberummersdorf zu 3 Monaten, den 27 Jahre alten Freier Albert Schaal von Cannstatt zu 1 Monat Gefängnis, den 24 Jahre alten Mechaniker Stiegele unter Einrechnung einer früheren über ihn verhängten Strafe von 10 Monaten Gefängnis zu 1 Jahr 8 Monate Zuchthaus.

Reidlingen, O. A. Kirchheim, 5. Dez. (Der Revolver.) Junge Burschen hantierten mit geladenen Revolvern, wobei sich die Waise des 19jährigen Jakob Fraich entlud und die Kugel dem Hausherrn, dem 30 Jahre alten W. Gintzenhauser, der erst seit vier Wochen verheiratet ist und den ganzen Feldzug mitgemacht hat, die Seiten durchbohrte. Der Geroffene dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Tübingen, 5. Dez. (Erkrankung.) Abgeordneter Heinrich Schweikardt (Deutsch-dem. V.) ist seit einiger Zeit so schwer erkrankt, daß wenig Aussicht besteht, ihn am Leben zu erhalten. Schweikardt sieht im 58. Lebensjahr.

Freudenstadt, 5. Dez. (Mord.) Ein aus Leipzig stammender Kriegsinvalide namens Neugebauer hatte sich vor etwa 2 Jahren hier als Musiklehrer niedergelassen. Er führte aber kein einwandfreies Leben, so daß es zur Scheidung mit seiner in Leipzig lebenden Frau kam. In der Verhandlung war namentlich die Aussage des früheren Hauswirts Neugebauers, des Bädermeisters Hab belastend. Neugebauer hat nun gestern früh aus Rache 2 Schüsse auf Hab abgegeben, die ihn tödlich verletzten. Der Mörder ist entflohen.

Baiersbrunn, 5. Dez. (Ansetzung der Ortsvorsicht.) Die Ortsvorsicht am 16. November, bei der mit geringer Mehrheit Stadtkassier Sigloch von Blaubeuren gewählt wurde, soll angefochten werden. 300 Bürger haben beim Gemeinderat Einsprache erhoben.

Geislingen, 5. Dez. (Zugsentgleisung.) Der 5.37 Uhr von Württemberg kommende Personenzug entgleiste auf noch unaufgeklärte Weise bei der Einfahrt in die Station Mühlhausen. Die Maschine wurde quer über die Gleise geworfen und der erste Personenwagen auf die Maschine aufgeschoben. Der Schaden ist bedeutend. Verletzt wurde niemand.

Was kostet?

die Deutsche Spar-Prämienanleihe

500 Mark Kriegsanleihe
500 Mark bar

Was bringt?

die Deutsche Spar-Prämienanleihe

Jedes Jahr

5000 Gewinne gleich
50 000 000 Mark

Jedes Jahr

25 000 Bonus-Gewinne von
1000 Mark bis 4000 Mark

Jedes Jahr

50 Mark Sparzinsen
für ein Stück von 1000 Mark.

Schluß der Zeichnung

10. Dezember mittags 1 Uhr.

Einzahlungstermin 1.-8. Januar.

1. Ziehung: März 1920.



Parteitag der Zentrumspartei.

Stuttgart, 3. Dez. Unter großer Beteiligung der Bo auftragten aus dem ganzen Land begann die Württ Zentrumspartei ihre erste Parteitagung heute in Stadtgartenaal. Der Vorsitzende des Landesvorstands Landgerichtsrat Beyerle, eröffnete die Tagung und gedachte des Todes der großen Führer Kienne und Gröber, deren Bilder umkränzt von der Tribüne grüßten für die Zentrumspartei Groß-Stuttgarts sprach Abg. Hauser Begrüßungsworte. Der Vorsitzende gab hien auf einen Ueberblick über die Tätigkeit des Landesvorstandes seit der letzten Landesversammlung und über die Vermögenslage der Partei. Parteisekretär Reuter er hatte Bericht über die Arbeiten des Landessekretariats seit dessen Bestehen (Mai 1919). In einem weiteren Vortrag berichtete der Parteisekretär über die Neuorganisation der Partei. Durch die staatlichen Umwälzungen seien die politischen Parteien vor große neue Aufgaben gestellt. Das parlamentarische Regierungssystem ver lange erhöhte politische Betätigung, die Gefahren dieser Systems liegen in der politischen Instabilität und Gleichgültigkeit der großen Wählermassen. Eine straff organisierte Organisation sei unbedingt notwendig, ebenso die politische Erziehung der Jugend und der Frauen, der Ausbau der Parteipresse und die Schaffung der finanziellen Mittel.

Ernährungsminister Graf berichtete über einen Entwurf für neue Parteiforderungen. Nur eingeschriebene Mitglieder haben in Zukunft volle Rechte in der Partei. Zwischen Landesvorstand und Landesversammlung soll als neues Glied mit besonderen Rechten und Aufgaben der Landesauschuss treten. Nach lebhafter Aussprache fanden die Vorschläge des Landesvorstandes im wesentlichen einstimmige Annahme.

Gedächtnisfeier für Gröber.

Stuttgart, 3. Dez. Der Landesvorstand der Württ Zentrumspartei und die Zentrumspartei Groß-Stuttgar veranstalteten heute abend im Festaal der Viederhalle eine Gedächtnisfeier für Adolf Gröber. Ein von Farrer a. D. Egler-Gmünd verfasster Prolog, von August Säuerle vorgetragen, leitete die Feier ein. Abg. Hauser begrüßte die Versammlung. Der Abend hätte eine Jubelfeier werden sollen, aber der Tod Kienes und Gröbers ließen davon Abstand nehmen. Gröber und Kiene haben das Programm des Zentrums in sich verkörpert. Die Gedenkrede hielt Stadtpfarrer Benkele. Noch sind die Kräfte auf Kienes Grab nicht gewellt und schon liegt sein treuer Freund und Weggenosse Gröber auch unter dem Boden. 25 Jahre sind diese Zentrumsführer nebeneinander gestanden, ebenso verschieden in ihrem Wesen, wie einzig in ihrem Ziel. Darum haben sie sich so trefflich ergänzt. Beiden hat die aufreibende Arbeit des letzten Jahres und die Sorge um die Zukunft des Vaterlands und ihrer Partei die Kraft gebrochen. Im Tode sind sie nochmals zusammengekommen in ihrer ober-schwäbischen Heimat. Gröber kannte nur drei Wege: ins Schwesterhaus zur Stätte seiner stillen Arbeitsamkeit, ins Ständehaus, an den Ort seiner Wirksamkeit, seines Erfolgs und seines Ruhms und den Weg ins Gotteshaus zur tiefsten Quelle seiner Kraft. Weihbischof Dr. Syroli sprach namens der Zentrumsfraktion des Württ. Landtags dem Kollegen den Dank der Reaktion aus, der

er mit jeder An- und gutem Beispiel jagte durch alle Fährlichkeiten hindurch. Für die württ. Zentrumspartei sprach Landgerichtsrat Beyerle. Die Partei sei stolz auf Gröber. Gröbers Werk zu wahren und Gröbers Geist zu erhalten, sei die Aufgabe der württ. Zentrumspartei. Revisor Buschle als Vertreter der Windhorstbunde widmete namens der katholischen Jugend dem Verstorbenen warme Worte des Gedenkens. Landessekretär Dr. Kuch vom Volksbund für das katholische Deutschland schilderte die Tätigkeit Gröbers in diesem Verein.

Locales.

— **St. Nikolaus.** Begleitet von Anech Kuprecht zieht am Vorabend des 6. Dezember der heilige Nikolaus durch die Lande, um den braven Kindern alles bei gute und schöne Sachen zu bringen, für die Schlimmen steht in Kuprechts Sack eine große Rute. Die hübsche Glaube, der die Person des hl. Nikolaus umgibt und auch die verschiedenen Nikolausbräuche, sind alt germanischen Ursprungs. Auch die Gestalt des Anech Kuprecht, des Pelzmärters, wie er in manchen Gegenden genannt wird, läßt sich bis in die alte Vorzeit zurück verfolgen, wo man sich in lornische Pelzwerkleider mummte und in lustigen Spiel die bösen Dämonen des Winters darstellte. Auf dem Land tritt der hl. Nikolaus oder „Klaus“ vielfach als Weihnachtsmann auf und besichert den Kindern neben den Christgeschenken auch den Weihnachtsbaum. — Ueber das Leben und Wirken der Heiligen lassen sich nur wenige genaue Angaben machen. Er hat in der ersten Hälfte des vierten Jahrhunderts gelebt und zuerst als Mönch, dann als Bischof zu Myra in Kleinasien segensreich gewirkt. Seine Reliquien kamen 1087 nach Bari in Italien, wo sie noch heute verehrt werden. Ein Teil der Reliquien soll sich in Rußland befinden. St. Nikolaus ist ja auch der Schutzheiliger der russisch-griechischen Kirche. Auf den Bildern wird Nikolaus stets im Bischofsornat mit langem, weißem Bart dargestellt.

— **Gefangene in England.** Auf die Nachricht, daß in England noch in zwei Lagern deutsche Kriegsgefangene zurückgehalten werden — außer der Schiffsbelagerung von Scapa Flow oder den Fliegern —, hat die Reichsregierung eine Anfrage nach England gerichtet. Eine Antwort ist noch nicht eingegangen.

— **Valuta.** In Holland ist die Reichsmark auf 5,8 Centen (normal 59 Centen) gefallen.

— **Kohlenbelieferung.** Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat hat verfügt, daß bis auf weiteres in allererster Linie die Eisenbahnen und erst dann die Verbandsmächte mit Kohlen beliefert werden sollen. An die dritte Stelle rückt dann Süddeutschland.

— **Weitere Preiserhöhungen.** Die Briefordnerkonvention erhöhte den Teuerungszuschlag ab 1. Dezember auf 30 Proz. und beschloß eine verläzte Zahlungsfrist von 30 Tagen. — Die Konvention der Wellpappenfabriken plant einen Preisaufschlag von 20—25 Proz.

— Der Verband deutscher Spiegelglasfabriken erhöhte den Teuerungszuschlag für sämtliche Fabrikate auf 200 Proz. (1), für Ornamentenglas auf 150 Proz. — Die landespolitische Vereinigung von Walsenbüchern hat die Preise für Hartgußwalzen um 40 Proz. ab 1. Dezember erhöht.

— **Stickstoffdünger gegen Kartoffeln.** Das Reichswirtschaftsministerium plant, wie wir hören, als Anreiz zur schnelleren Ablieferung der Kartoffeln den Landwirten je ein Pfund schwefelhaltiges Ammonial für jeden Zentner abgelieferte Kartoffeln durch die Kommunalverbände zur Verfügung zu stellen. Das wäre ja gewiß tankenswert, doch dürften sich erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Bei der bestehenden Knappheit des Stickstoffdüngers würde die Verteilung einseitig sein und für Betriebe mit kleinem Kartoffelbau würde wohl wenig oder nichts mehr übrig bleiben. Die Düngerbestände würden verzettelt. Und wie soll der Dünger für die bereits abgelieferten Kartoffeln nachgeliefert werden? Die Verteilung würde einen großen Verwaltungsapparat beanspruchen, der in keinem Verhältnis zum Nutzen stünde. Verschiedene landwirtschaftliche Organisationen haben dagegen dem Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagen, die Stickstoffindustrie ausreichend mit Kohlen zu versorgen, um die Erzeugung möglichst zu steigern; dann würde die ganze Landwirtschaft genügend versorgt werden können.

Aus dem Bezirk.

Wildbad, 8. Dez. Endlich wieder ein besseres Brot! Bekanntlich wurde die Ausmahlung des Brotgetreides für das neue Wirtschaftsjahr herabgesetzt: Weizen von 94 auf 80 Prozent, beim Roggen von 94 auf 82 Prozent und bei Gerste von 85 auf 75 Prozent. Gleichzeitig fällt die bisherige Streckung des Brots mit Feischkartoffeln und sonstigen Stredmitteln weg und ist künftig verboten. Damit wird bei Belassung der seitherigen Rationen die Mehl- und Brotversorgung eine bessere und allgemein eine gleich gute, wie sie seither den Kranken durch besondere Mehlabgaben gewährt worden ist. Die geringere Ausmahlung, welche eine Steigerung der Mehleinstandspreise um über 30 Prozent in sich schließt, bedingt eine gleichzeitige Erhöhung der Mehl- und Brotpreise, die vom Kommunalverband im Einvernehmen mit Vertretern der Verbraucher und der Bäckereinnung wie folgt festgesetzt werden sind: a) Mehlgroßhandelspreise für je 100 Kilogramm 80prozentiges Weizenmehl 72 M. 50 Pf., 82prozentiges Roggenmehl 66 M. 40 Pf., 75prozentiges Gerstenmehl 69 M., Krantenmehl 75 M. 80 Pf., Brotmehlmischung 71 M. b) Mehleinverkaufspreise je für 1 Kilogramm Weizenmehl 84 Pfg., Roggenmehl 76 Pfg., Gerstenmehl 75 Pfg., Krantenmehl 88 Pfg., Brotmehlmischung 82 Pfg. c) Brotpreise: 1 Hausbrot zu 1000 Gramm 75 Pf., 1 Hausbrot zu 500 Gramm 38 Pfg. und ein Hausbrotstück zu 50 Gr. 5 Pfg. Sämtliche Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes; ihre Ueberschreitung wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10000 M. bestraft. Dem Verlangen nach Zulassung von Kleinbrotten kann vorerst noch nicht entsprochen werden, weil noch jede Uebersicht darüber fehlt, in welchem Verhältnis der Kommunalverband mit den einzelnen Mehlorten beliefert werden kann. Es steht zu erwarten, daß damit die Brotversorgung wieder besser befriedigt wird.

Wildbad, 8. Dez. Die Kirchengemeinderatswahl muß wegen ungenügender Wahlbeteiligung am nächsten Sonntag fortgesetzt werden.

Alle Hausbesitzer
von Calmbach werden zu der am Mittwoch, den 10. Dezember, abends 7 Uhr im Gasthaus zum „Anker“ stattfindenden
Gründungs-Versammlung
eingeladen. Tagesordnung:
Die Lage und Not des Hausbesitzerstandes.
Zu recht zahlreichem Besuche laden höflichst ein
Die Einberufer.

Brenn-Holz Stockholz, Rollen, Scheit- und Prügelholz sowie Abfallholz kauft laufend gegen Kassa
Wilhelm Layher, Holzgrosshandlung
Eibensbach Wttbg. Post Güglingen.

Wildbad.
Versteigerung.
Am Donnerstag, den 11. Dezember 1919 von vormittags 9^u. Uhr an kommen im Hause Linder in Wildbad, Olgastraße 6 folgende Gegenstände gegen Barzahlung zur Versteigerung:
8 Betten, 6 Nachtlischen, 1 Chaiselongue mit Decke, 3 Sofa mit 5 Polsterstühle, 1 Hochhaarmatratze 7 Stühle 2 Kleiderkästen, 4 Kommode, 6 Tische 1 größeres Küchbüffel, 7 Treppenkäufer, Spiegel, Bilder, Kullo, Vorhänge, Bett-Teppiche, Portieren Waschgarnituren, Porzellan, 1 Windmaschine, 1 größeres Wascheil, 1 Waschmange, 2 Bockleitern, verschiedene Gartenmöbel, 1 Sofa ca. 150 Litr. 1 Kraußtande und mehrere sonstige Haushaltsgegenstände.
Die Gegenstände können am Mittwoch im Hause Linder besichtigt werden.

Den Weg zum Kunden
findet jeder Geschäftsmann durch ein Inserat im „Enztal-Boten“ und „Calmbacher-Tagblatt“.

Prima **Cigarillos** in hübschen Geschenckpackungen zu 50 Stück. Einzelpreis 34 Pfg.
Chr. Schmid & Sohn Tabakwaren großhandlg. Wildbad.

7½ Meter **Prügelholz** hat abzugeben am Bahnhof **Böcking,** Villa Waldfrieden.
Gummi-Rohrstiefel Nr. 41 (Friedensware) sind preiswert zu verkaufen. Näheres **Charlottenstraße 209.**

Besten Schutz gegen **Verlust** durch Feuer und Diebstahl bietet die Aufbewahrung v. Wertpapieren, Urkunden u. Schmucksachen jed. Art in unserer **Stahlkammer.**
In dieser Stahlkammer befinden sich eiserne Schranktücher, die in verschiedenen Grössen, zu billigen Preisen, auf beliebige Zeit, unter Eigenverschluss des Mieters zur Verfügung gestellt werden.
Wertsachen können uns auch in versiegelten Paketen, Kisten etc. verpackt, zur sicheren Aufbewahrung übergeben werden.
Besichtigung der Stahlkammer ist während der Geschäftsstunden gerne gestattet.
Stahl & Federer Akt.-Ges. Filiale Wildbad.

Calmbach.
Baumschürer 1 elektr. Fahrradlaterne u. 3 paar Messer (neu) für Futter Schneidmaschine hat zu verkaufen
Julius Maisenbacher, Calwerstraße 16.
Ev. Junglingsverein. Heute abend 8 Uhr.
Distkarten liefert schnell Verlagsdruckerei.

Stearin-Kerzen eingetroffen
Medic.-Drogerie Gebr. Schmit, Wildbad.
Ein tüchtiger Schmied zum sofortigen Eintritt gesucht.
Papierfabrik Wildbad.